



Amtsblatt

des Landkreises Germersheim

Ausgabe 09/2016 vom 29. März 2016

Inhalt:

- 1. Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim: Nächste nichtöffentliche Sitzung des Schulträgerausschusses am Dienstag, 5. April 2016, Realschule plus Kandel, Jahnstraße 18, Raum 130 (EG), 76870 Kandel**
 - 2. Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim: Förderrichtlinie des Landkreises Germersheim zur Verbesserung und Optimierung der sich aus der Unterbringung von Flüchtlingen ergebenden besonderen Lebenslagen**
 - 3. Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim: Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Einrichtung nach § 34 SGB VIII**
-

1. Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim: Nächste nichtöffentliche Sitzung des Schulträgerausschusses am Dienstag, 5. April 2016, Realschule plus Kandel, Jahnstraße 18, Raum 130 (EG), 76870 Kandel

Tagesordnung

Nichtöffentlicher Teil

- 1. Herstellung des Benehmens zur Bestellung eines Schulleiters/einer Schulleiterin an der Geschwister-Scholl-Realschule plus Germersheim zum 01.08.2016**
- 2. Mitteilungen und Anfragen**

gez.

Dr. Fritz Brechtel
Landrat

Diese Bekanntgabe ergeht zur Information der Mitglieder des Kreistages, die nicht dem Ausschuss angehören.

2. Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim: Förderrichtlinie des Landkreises Germersheim zur Verbesserung und Optimierung der sich aus der Unterbringung von Flüchtlingen ergebenden besonderen Lebenslagen

Förderrichtlinie des Landkreises Germersheim zur Verbesserung und Optimierung der sich aus der Unterbringung von Flüchtlingen ergebenden besonderen Lebenslagen

Intention

Den Landkreisen, verbandsfreien Gemeinden, den Verbandsgemeinden und Ortsgemeinden obliegt nach § 1 Abs. 1 Landesaufnahmegesetz (AufnG RP) die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung.

Damit verbunden ist die gesamtstaatliche Aufgabe, alle dafür notwendigen Schritte einzuleiten und zu bündeln, um für diesen Personenkreis angemessene, wirtschaftliche und zielführende Hilfeleistungen anzubieten.

Gleichzeitig soll ein Migrationsprozess eingeleitet, koordiniert und unterstützt werden. Ein Aufbau unnötiger oder paralleler Verwaltungsstrukturen bei der Kreisverwaltung und den Gemeindeverwaltungen wird dadurch weitgehend ausgeschlossen.

Der Landkreis und die kreisangehörigen Gemeinden haben dies erkannt und werden deshalb ihr weiteres Vorgehen gemeinsam abstimmen.

Dazu werden die vom Kreistag in seinen Sitzungen am 09.03.2015 und 07.12.2015 gefassten Beschlüsse in dieser Förderrichtlinie zusammengefasst.

§ 1 Gegenstand der Förderung

(1) Der Landkreis fördert die zur Verbesserung und Optimierung der sich aus der Unterbringung von Flüchtlingen ergebenden besonderen Lebenslagen bei den kreisangehörigen Gemeinden durch anteilig zu übernehmende Personalkosten.

(2) Maßgebend für die jeweiligen Umsetzungsschritte sind die bisher vom Kreistag dazu gefassten Beschlüsse. Dies gilt auch für zukünftige Beschlüsse, die diese Förderrichtlinie fortschreiben können.

(3) Diese Förderrichtlinie regelt Art und Umfang der vom Zuschuss-Empfänger zu übernehmenden Aufgaben und die Höhe des anteiligen Personalkostenzuschusses durch den Landkreis.

(4) Die Förderung erfolgt im Rahmen der jährlichen Haushaltsansätze des Landkreises und steht insoweit unter Vorbehalt.

§ 2 Verantwortung und zu übernehmende Aufgaben sowie Umsetzungsschritte

(1) Den beteiligten Gebietskörperschaften obliegt eine gemeinsame Verantwortung aus den sich nach § 1 Abs. 1 bis 3 dieser Richtlinie ergebenden zu übernehmenden Aufgaben und Umsetzungsschritten.

(2) Dienstvorgesetzter für das bei den Gemeinden eingesetzte Personal ergibt sich aus § 47 Abs. 2 GemO.

(3) Fachlich werden die notwendigen Umsetzungsschritte über den Landkreis koordiniert, begleitet und evaluiert.

§ 3 Aufgaben der Verbandsgemeinden/verbandsfreien Gemeinden

(1) Die Verbandsgemeinde/verbandsfreie Gemeinde stellen zusätzlich maximal

a. zwei hauptamtliche Fachkräfte für die sozialpädagogische Betreuung

oder/und

b. zwei hauptamtliche Objektbetreuer (Hausmeister o.ä.) sowie

c. eine hauptamtliche Kraft für die Leistungsgewährung

ein.

Insgesamt bezuschusst der Landkreis maximal 3 Fachkräfte. Voraussetzung für eine Förderung ist, dass es sich um neu eingerichtete Stellen handelt.

(2) Die Fachkräfte nehmen insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Unterstützung und Integration in die Gemeinde,
- die Betreuung und Versorgung vor Ort und
- die entsprechende Leistungsgewährung und zeitnahe Abrechnung mit dem Landkreis.

(3) Zur fachgerechten Erfüllung dieser Aufgaben sind u.a. Kooperationen mit ortsansässigen freien Trägern, Vereinen, Kindertagesstätten, Schulen Betrieben, Institutionen erforderlich.

(4) Den Fachkräften ist die Teilnahme an dem beim Landkreis Germersheim angesetzten Terminen im Rahmen des „Arbeitskreises Asyl“ zu ermöglichen. Es ist dabei sicherzustellen, dass diesem Arbeitskreis auf Nachfrage über die Situation der Aufgabenwahrnehmung und der jeweiligen Umsetzungsschritte vor Ort angemessen und zeitnah berichtet werden kann.

(5) Weiter ist den Fachkräften zu ermöglichen, an Veranstaltungen, Projekten und sozialräumlichen Arbeitskreisen mitzuwirken, die das Sozialamt oder das Jugendamt des Landkreises für erforderlich hält (z. B. Informationsveranstaltungen, Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren und Vereine, zentrale Veranstaltungen etc.). Damit soll auch die Vernetzung der Angebote vorangetrieben werden.

(6) Soweit erforderlich, berät der Landkreis die Fachkraft und deren Anstellungsträger in den jeweiligen Angelegenheiten.

§ 4 Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe/Zielvereinbarung

(1) Der Landkreis und die Verbandsgemeinde/verbandsfreie Gemeinde legen gemeinsam in einer schriftlichen Zielvereinbarung im ersten Quartal eines Jahres die konkreten Aufgaben der Fachkräfte fest. Die Arbeitsschwerpunkte werden nach der konkreten Bedarfslage festgelegt und können entsprechend fortgeschrieben werden.

(2) Die Zielvereinbarung ist jährlich nach Vorlage des Jahresberichts gemeinsam zu überprüfen und einvernehmlich bei Bedarf fortzuschreiben.

(3) Ein Bericht über die nach dieser Richtlinie wahrgenommenen Aufgaben/Zielvereinbarung soll bis zum 31.01. des Folgejahres dem Landkreis vorgelegt werden.

§ 5 Personalkostenzuschüsse

(1) Entsprechend der vom Landkreis Germersheim gefassten Beschlüsse wird maximal je Verbandsgemeinde/verbandsfreie Gemeinde unter Berücksichtigung von § 3 Abs. 1 dieser Richtlinie folgender zusätzlicher Personalamfang gefördert:

25% Personalkostenzuschuss Sozialpädagogische Fachkraft

50% Personalkostenzuschuss für Objektbetreuer/ Hausmeister

25 % Personalkostenzuschuss Sachbearbeitung Leistungsgewährung

(2) Bei der sozialpädagogischen Fachkraft erfolgt eine Förderung bis maximal S 11, Stufe 6, TVöD-SUE. Den Anforderungen an die Fachkraft sind die „Förderungsrichtlinien der Kreisverwaltung Germersheim – Abteilung Jugend und Familien“ zugrunde zu legen.

(3) Bei einem Objektbetreuer erfolgt eine Förderung bis maximal EG 8, für Hausmeister bis EG 5.

(4) Für die Leistungsgewährung wird eine Fachkraft bis maximal EG 8 gefördert.

(5) Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr/Haushaltsjahr. Der Verwendungsnachweis wird bis zum 31. Januar des Folgejahres der Kreisverwaltung vorgelegt. Die Schlussabrechnung wird innerhalb von zwei Wochen vorgenommen.

(6) Abschlagszahlungen auf das letzte Ergebnis können auf Antrag zum 01.07. des Jahres erfolgen. Dabei wird der jeweilige Betrag auf volle 100 EUR abgerundet.

Für das Jahr, in denen Neueinstellungen nach § 3 Abs. 1 dieser Förderrichtlinie erfolgt sind, können Abschlagszahlungen auf das voraussichtliche Jahresendergebnis ebenfalls zum 01.07. geleistet werden.

(7) Die Einstellung von Fachkräften nach § 3 Abs. 1 der Förderrichtlinie ist dem Landkreis unter Nennung des Einstellungsmonats, des zeitlichen Umfangs, der Eingruppierung und der voraussichtlichen Höhe der Vergütung unverzüglich mitzuteilen, um eine geordnete Mittelplanung, Bewirtschaftung und Koordination sicherzustellen.

§ 6 Übergangszeitraum 2015

Soweit bei den Verbandsgemeinden/verbandsfreien Gemeinden bereits Arbeitsverhältnisse nach § 3 Abs. 1 der Förderrichtlinie ab März 2015 bzw. Dezember 2015 bestanden haben, so gelten diese weiter als Arbeitsverhältnisse nach dieser Richtlinie.

§ 7 Zeitraum der Förderrichtlinie

Diese Förderrichtlinie tritt zum 01.01.2016 rückwirkend in Kraft und endet am 31.12.2018.

Germersheim, den 22.03.2016

gez.
i.V.
Dietmar Seefeldt
Erster Kreisbeigeordneter

3. Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim: Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Einrichtung nach § 34 SGB VIII

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 14. März 2016 dem Abschluss eines Mietvertrags zum Betrieb einer Einrichtung nach § 34 SGB VIII in 76744 Wörth am Rhein zugestimmt.

Amtsblatt Landkreis Germersheim, 29.03.2016 (E-Mail-Version !)

Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim * Erscheinungsweise: Unregelmäßig je nach Veröffentlichungsbedarf * Vertrieb: Post-, Fax, E-Mail * Redaktion/Ansprechpartnerin: C. Seyboldt/ A. Brune-Neumann
Kreisverwaltung Germersheim, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon 07274/53-255, Fax 07274/53-15-255,
E-Mail: presse@kreis-germersheim.de, Internet: www.kreis-germersheim.de